**Grußwort zur Herbsttagung des Arbeitskreises zur Erforschung der NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisation**

*Berlin, 31. Oktober 2026*

Sehr geehrter Herr Dr. Wunder,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedaure sehr, heute nicht persönlich bei Ihnen sein zu können. Umso mehr danke ich Ihnen für die Einladung und für die Arbeit, die Sie mit Ihrem Arbeitskreis leisten.

Die nationalsozialistischen Verbrechen an Menschen, denen Behinderungen und psychische Erkrankungen zugeschrieben wurden, gehören zu den lange verdrängten Kapiteln deutscher Geschichte. Zwangssterilisationen, systematische Krankenmorde und die Ermordung von Kindern waren keine Randerscheinungen des Nationalsozialismus. Sie waren Ausdruck einer menschenverachtenden Ideologie, die Menschen nach ihrem vermeintlichen Wert sortierte und ihnen das Recht auf Leben und Selbstbestimmung absprach.

Die Opfer dieser Verbrechen mussten viel zu lange um Anerkennung kämpfen. Dass der Deutsche Bundestag 2025 endlich alle Opfer der NS-„Euthanasie“ und der Zwangssterilisationen als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt hat, war deshalb mehr als überfällig. Diese Anerkennung ist wichtig. Sie kann aber nur ein Anfang sein.

Denn Anerkennung verpflichtet. Sie verpflichtet dazu, die Verbrechen weiter aufzuklären, die Schicksale der Opfer sichtbar zu machen und Angehörigen, Betroffenen und Forschenden Zugang zu den dafür notwendigen Quellen zu ermöglichen. Die Sicherung und Erschließung von Patientenakten und Personalunterlagen ist dafür ein wichtiger Schritt, genauso wie eine angemessene und verlässliche Ausstattung der Gedenkstätten an den ehemaligen „T4-Tötungsanstalten“.

Ich freue mich, dass das von Ihnen vorgestellte Forschungsvorhaben inzwischen Unterstützung gefunden hat. Zugleich halte ich es für nicht ausreichend, die Umsetzung einer so grundlegenden Aufgabe auf zunächst zwei Jahre Projektförderung zu begrenzen. Die Sicherung historischer Quellen, ihre wissenschaftliche Auswertung und ihre Erschließung für Bildung und Gedenken sind keine Aufgaben, die sich nach einer kurzen Förderperiode einfach abschließen lassen. Dafür braucht es Verlässlichkeit, langfristige Perspektiven und politische Verantwortung.

Wie aktuell diese Verantwortung ist, zeigen auch die jüngsten Erkenntnisse über die wissenschaftliche Nutzung von Gehirnpräparaten ermordeter Menschen, die heute noch in den Sammlungen der Max-Planck-Gesellschaft aufbewahrt werden. Noch Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus wurden Präparate von Opfern für Forschungszwecke verwendet, ohne dass ihre Herkunft und das den Menschen angetane Unrecht angemessen aufgearbeitet wurden. Dass noch heute Präparate auf ihre Herkunft untersucht und ihre würdige Bestattung vorbereitet werden müssen, führt uns die Dimension dieses Versagens vor Augen.

Dabei geht es nicht allein um die Vergangenheit. Es geht auch um die Frage, welchen Stellenwert Menschenwürde, Selbstbestimmung und die Rechte von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft tatsächlich haben. Eine Erinnerungskultur, die diesen Namen verdient, darf die Betroffenen nicht zu Objekten des Erinnerns machen. Sie muss ihre

Perspektiven einbeziehen und ihnen Mitsprache ermöglichen. Sie muss fragen, was wir aus den Verbrechen und ihrer langen Verdrängung für die Gegenwart lernen.

Umso mehr bedauere ich, dass es bei Ihrer Tagung nicht zu einer breiteren Diskussion mit Mitgliedern des aktuellen Deutschen Bundestages aus den beteiligten Fraktionen kommen wird. Gerade nach dem Beschluss von 2025 wäre es wichtig gewesen, nicht nur über die historische Aufarbeitung, sondern auch über ihre politischen Konsequenzen zu sprechen: über die dauerhafte Finanzierung, über die Verantwortung öffentlicher Institutionen und über die Erwartungen von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden an eine inklusive Erinnerungskultur.

Ich hätte mir gewünscht, dass diese Fragen mit denjenigen beraten werden können, die heute parlamentarische Verantwortung tragen. Das schmälert keineswegs die Bedeutung Ihrer Tagung. Es unterstreicht vielmehr, wie notwendig es ist, den begonnenen Dialog fortzuführen und die Politik weiterhin in die Pflicht zu nehmen.

Ich möchte Ihnen deshalb ausdrücklich zusagen, dass ich an diesem Thema dranbleiben werde. Dazu gehört für mich auch, die zuständigen Abgeordneten auf die offenen Fragen und den weiteren Handlungsbedarf anzusprechen.

Erinnerung darf nicht bei einer späten Anerkennung stehen bleiben. Sie muss sich in Forschung, Bildung, Gedenken und politischem Handeln bewähren. Die Würde der Opfer verlangt, dass wir ihre Namen und Lebensgeschichten wieder sichtbar machen, ihre Angehörigen einbeziehen und die Verantwortung der Institutionen ernst nehmen.

Ich wünsche Ihrer Tagung anregende Diskussionen, neue Erkenntnisse und vor allem Wirkung über dieses Wochenende hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

**Petra Pau**

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.